

sie doch schon einige Uebersicht gewährt, die früher ganz entbehrt wurde. — Indessen, man kann dabei nicht stehen bleiben, sondern es handelt sich darum, dem Bergwesen in wesentlichen Punkten eine veränderte Organisation zu geben; auch liegen dem Ministerio bereits mehre, wenn auch nur einzelne Zweige umfassende interessante Vorschläge vor. Das Ministerium selbst hat sich mit diesen Gegenständen schon beschäftigt, und es geht die Absicht dahin, im Laufe der nächsten Finanzperiode so viel Zeit zu gewinnen, um einen umfassenden Plan zu entwerfen, welcher, da möglich, der nächsten Ständeversammlung vorgelegt wird; denn es handelt sich dabei nicht allein um veränderte gesetzliche Bestimmungen, sondern auch um Veränderungen, welche tief in die Finanzverhältnisse eingreifen. Es würde nicht an der Zeit sein, und die Regierung befindet sich auch noch nicht in der Lage, etwas Specielles über diese Organisation zu sagen. Nur einige Andeutungen erlaube ich mir zu geben. Die Absicht geht dahin, dem Bergbau, insofern er von Privaten betrieben wird, die möglichst zulässige Freiheit zu gewähren, und nur diejenigen Beaufsichtigungen und Beschränkungen zu unterwerfen, welche der zweckmäßige und angemessene Betrieb desselben erfordert; ferner die Mitwirkung und Theilnahme der Actien- oder Kurinhaber ins Leben zu rufen und zu befördern. Es ist nicht zu läugnen, daß deren Mitwirkung bis jetzt auf Weniges beschränkt ist; aber hauptsächlich ist dieser Zustand durch die Gleichgültigkeit der Theilnehmer selbst veranlaßt worden. Es geht ferner die Absicht dahin, den Bergbau in dem einzelnen Grubenbetrieb, so viel möglich, von denjenigen Lasten und Abgaben zu befreien, welche dem schwunghaften Betrieb hinderlich sind, und ihm dasjenige zu gewähren, was ihm nach Recht und Billigkeit gebührt. Es wird ferner das Absehen darauf zu richten sein, diejenigen Baue abzuwerfen, welche mit unwahrscheinlichen Hoffnungen des Erfolgs noch jetzt betrieben worden sind, und womit die Kräfte und Mittel ohne wesentlichen Gewinn zersplittert werden. Auf der andern Seite wird es aber, wenn dem Bergbau vielleicht künftighin mehr gewährt wird und die Abgaben theilweise erlassen werden, nothwendig sein, die Zuschüsse aus der Staatscasse nur auf das Dringendste zu beschränken und dadurch den Verlust wieder auszugleichen. Eine Organisation nach diesen Andeutungen liegt demnach in der Absicht der Regierung. Ich habe mich veranlaßt gefunden, diesen Gegenstand deshalb auch jetzt schon zu erwähnen, weil allerdings bereits im Laufe der nächsten Finanzperiode möglicherweise manche Anordnungen zu treffen sein werden, welche diese Organisation vorbereiten. Auch in dieser Beziehung ist der vorliegende Plan, der Bau eines Stollns, wichtig. Denn wenn die Nothwendigkeit eintritt, bei verschiedenen Gruben die mit unsicherm Erfolge des Gedeihens jetzt begonnenen Baue aufhören zu lassen, und wenn in Folge dessen Arbeiter feurig werden, so würde dann der Bau des gegenwärtigen Stollns Gelegenheit geben, diese Leute zu verwenden. Was die Bemerkung des Herrn Abg. v. Thielau hinsichtlich der erforderlichen Bewilligung betrifft, so bin ich vollständig damit einverstanden, daß sowohl über die Zeit des Anfangs, als über die zu gewäh-

rende Summe erst künftighin bei Berathung des Budgets Beschluß zu fassen sei. Die geehrte Kammer wird sich daher jetzt darauf beschränken können, aus dem Gutachten der Deputation nur den ersten Theil bis zu dem Worte: „erfolge,“ zur Abstimmung zu bringen. Ich hoffe aber auch, daß die geehrte Kammer damit einverstanden sein werde, daß sie durch Annahme dieses Gutachtens, wenn auch nicht eine Verbindlichkeit, aber doch den Wunsch schon ausgesprochen habe, es möge dieser Bau nicht so weit hinausgeschoben werden, weil allerdings in demselben gesagt ist, daß eine solche Bauausführung dringend nothwendig sei; was aber dringend ist, nicht zu weit hinausgeschoben werden darf.

Abg. Blüher: Ich gehöre allerdings nicht zu denen, welche sich von dem beabsichtigten Stollnbau glänzende Erfolge versprechen und die unterirdischen Schätze schon gehoben zu haben vermeinen. Bei Berechnungen, wie die aufgestellte, verrechnet man sich oft nicht wenig. Die Deputation scheint dies selbst erkannt zu haben, denn sie sagt, man dürfe bei bergmännischen Unternehmungen nicht bloß einen finanziellen Vortheil ins Auge fassen, sondern sie nach national-ökonomischen Grundsätzen beurtheilen. Das Letztere scheint mir eine vorzügliche Berücksichtigung zu verdienen; denn es werden Hände beschäftigt und ein guter Zweck befördert. Ich glaube aber in der Folge noch bemerken zu müssen, daß zu Ausführung dieses Unternehmens eine geringere Summe ausreichen wird, das Uebrige aber andern Bergamtsrevieren, besonders den ärmern, zu Theil werden könne, behalte mir jedoch meine Erklärung bei der Berathung des Budgets vor. Sehr beherzigenswerth ist das, was die Deputation von der Nothwendigkeit einer zeitgemäßen Umgestaltung der sächsischen Bergbauverfassung und von größerer Freiheit der Eigenthümer sagt. Denn Emancipation der Gewerker, namentlich auch der Eigenlöhner, Vereinfachung des Rechnungswesens, Aufhebung der Berggerichtsbarkeit und Besetzung der Stellen im Bergfach mit practisch gebildeten Personen, dies sind die Wünsche, welche man allgemein vernimmt, und dies die wahren Bedürfnisse des Bergbaues.

Vizepräsident Eisenstuck: Wenn ich mit der Deputation jetzt einstimme, so mag ich nicht bergen, daß ich früher einigen Zweifel hatte, der sich aber jetzt beseitigt hat. Die Frage, ob der Stollnbau nothwendig sei, ist so bestimmt beantwortet worden, daß ich darüber keinen Zweifel hege; aber es fragt sich, ob ein so großer Bau nothwendig sei, und nicht durch andere Mittel der Bau überflüssig gemacht wird; das glaube ich nicht. Ich bin jedoch nicht Techniker und muß daher dem technischen Gutachten vertrauen. Ich hatte die Hoffnung, daß die Deputation bei Berathung des Gegenstandes Techniker zugezogen habe; wie ich höre, ist dies nicht geschehen, obwohl es zu wünschen gewesen wäre, weil nur Techniker ihre Meinung mit großer Hestigkeit festgehalten haben würden; und dann ist es wohl möglich, daß eine Frage, wie diese, zur Parteifrage geworden wäre. Die Parteifrage war, ob dem Herderschen Plan oder einem andern zu folgen sei. Sollte die Zukunft lehren, daß man besser gethan haben würde, den Herderschen Plan nicht zu verwerfen, so ist die